



Lasst Euch nicht verarschen, auch nicht bei der Wahl!

# GoG-Info

die GoG ist eine parteiunabhängige Gruppe bei GM/Opel in Bochum

Nr. 41 - Mai 2005

## Jeder siebte Beschäftigte mit Kündigung bedroht

Der sogenannte Zukunftsvertrag wurde in Form einer Hochglanzbroschüre an die Belegschaft verteilt. Unter Punkt A „Beschäftigungssicherung“ steht geschrieben: Für die Laufzeit dieses Vertrages ( 31.12.2010 ) werden keine betriebsbedingten Beendigungskündigungen erfolgen, Ausnahme:

- 1) „Personalveränderungen bis 2007“ gemäß Restrukturierungs-BV und
- 2) bei Veränderung der „wirtschaftlichen Rahmenbedingungen...“

**Die IG Metall schreibt dazu: „Zukunftsvertrag sichert Arbeitsplätze bis 2010. „In diesem Zeitraum wird es europaweit keine betriebsbedingten Kündigungen geben“. ( direkt 5 / 2005 )**

4212 Beschäftigte stimmten für die Annahme des Vertrages, wohl in der Hoffnung, zumindest bis Ende 2010 ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Letztendlich können sie sich jetzt die Haare raufen und sind bitter enttäuscht worden, denn einige Tage später wurde die Einigungsstelle einberufen, um im Vorfeld den Personalabbau in den nächsten beiden Jahren festzulegen. Gegenwärtig gibt es noch 9200 Beschäftigte, wobei über 1800 schon einen Abfindungsvertrag unterschrieben haben. In 2006 sollen zusätzlich 858 und weitere 259 Arbeitsplätze in 2007 vernichtet werden.

**Dies ist per Betriebsvereinbarung am Freitag, den 22.04.05 bei 14 Gegenstimmen aber mit 24 Ja Stimmen im Betriebsrat vereinbart worden.** Jeder siebte Beschäftigte ist somit von einer Kündigung bedroht, falls nicht bis zum 31.03.2006 insgesamt **noch 1.117 Menschen** „freiwillig“ Opel verlassen. Die bekannte Abfindungsformel behält bis dahin weiterhin ihre Gültigkeit.

**In der BV ist festgelegt, dass ab dem 25. 04. 2006 betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden können! In diesem Fall steht den von Kündigungen betroffenen Mitarbeitern eine Abfindung zu, wobei dann nur noch die Hälfte gezahlt werden soll.**

Entgegen dem Märchen , was einige Betriebsräte, die IGM und die Medien verbreitet haben, sind betriebsbedingte Kündigungen akuter denn je! Dem müssen wir als Belegschaft entschlossen entgegen treten.

### Inhalt

#### Seite 2

- Aua - wer verarscht da wen?
- Jagd auf Schwerbehinderte und Kranke

#### Seite 3 + 4

#### **Lesenswert**

- Geht GM pleite?

#### Seite 5

- Aufforderung zum Rücktritt von DGB-Chef Sommer

#### Seite 6

- begonnene Diskussion zur Frage Streikleitung

### was\_wann\_wo

#### **GoG**

jeden Dienstag, 17 Uhr  
Bahnhof Langendreer,  
Raum 6

#### **Bochumer Sozialforum**

[www.kolabor.de/sozialforum](http://www.kolabor.de/sozialforum)  
jeder letzte Montag im  
Monat, 19 Uhr, Bahnhof  
Langendreer, Raum 6

#### **Montagsdemo**

18.00 Uhr Husemannplatz

visdp: W. Hajek, co: soz.-kult.  
Zentrum, Wallbaumweg 108

gog@conaktion.de

# Aua ! Aua !

**\* R. Eienkel in seinem Betriebsrats-Info vom 5. April 2005:**

*„Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ... haben teilweise wegen angeblich zu hoher Abfindungssumme seitens der Personalabteilung keine Freigabe erhalten. Abweichend von den Konditionen in der Vereinbarung 'Restrukturierung' hat die Geschäftsleitung diesen Mitarbeitern individuelle Einzelverträge angeboten. Die dort angebotene Abfindungssumme ist geringer als die Abfindung gemäß BV 'Restrukturierung'. Der Betriebsrat kann nicht verhindern, dass die Personalabteilung derartige Angebote macht ... Dieses Vorgehen ist in keiner Weise mit dem Betriebsrat vereinbart und liegt allein in der Entscheidungsgewalt des Unternehmers.“*

**\* Opel-Personalchef E. Vieth in seinem ausführlichen Schreiben an Eienkel am 19.4.05:**

Eine niedrigere Abfindung sei möglich, „wenn der Betriebsrat dieser Abweichung von der Betriebsvereinbarung und dem darin liegenden Verzicht des Mitarbeiters ... zustimmt“. Genau das sei in der Einigungsstelle „und hier unterstützt von Herrn Apitzsch (dem IGM-Rechtsanwalt aus Frankfurt!) besprochen“ worden, erklärt Vieth !

## **Wer verarscht da wen ?**

- Vergleichsweise hohe Abfindungs-Vereinbarung erstreikt - Opel will sie aber nicht in der vereinbarten Höhe an alle zahlen, die gehen wollen und können - Betriebsratsvorsitzender erlaubt in der Einigungsstelle das erpresserische Runterhandeln mit Unterstützung eines Juristen der IGM-Zentrale - erzählt aber der Belegschaft, das sei nicht vereinbart worden und er könne daran eh nichts ändern !

## **Wozu sind Verträge da?**

**Ob runter auf 145 oder 110 oder 95.000 oder oder ... wann hätte die Firma das Runterhandeln beendet ???**

**Wenn Opel sagt „Wir finden auch Leute für 8 Euro die Stunde für die Fließbandarbeit! Viele Menschen würden sich freuen!“ -sagen dann solche Betriebsräte und IGM-Bürokraten auch „OK, da könnt Ihr den Tarifvertrag mal kurz vergessen !“ ???**

# Jagd auf Schwerbehinderte und Kranke !!!

In der Blechbiegerei an der Dannenbaumstraße lassen sie die Genesendenabteilung ausbluten, zwecks Schließung!

Eine Abteilung, in die wahrscheinlich einmal Fördergelder gesteckt wurden! Verhandlungen mit Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung haben wohl nichts gebracht. Dort sind zum Teil sehr Kranke geparkt, die woanders im Betrieb nicht oder nur sehr schwer eingesetzt werden können! Jobs, die sie hätten machen können, wurden schon vor Jahren im Auslagerungswahn entsorgt oder in Fremdvergabe gegeben! Restposten dieser zu bewältigenden Jobs sind in langer Tradition in Vetternwirtschaft an irgendwelche Verwandte (Bekannte) irgendwelcher Schlippsträger gegangen! Mal sehen ob auf die Kollegen/innen im Rahmen der verlängerten Abfindungsreglung Druck aufgebaut wird, um sie zu entsorgen!! Das sind Dinge, die kotzen einen an! Es kann jeden eine Krankheit treffen, wonach er dort erst einmal zwischengeparkt werden muß! Aber was dann? Wir haben keine Schreibtische, an denen wir „genesen“ können! Deshalb die Forderung: Finger weg von der Genesendenabteilung!!! In diesem Sinn:  
Theo  
P.s. Neuste Gerüchte besagen: Arbeiten unserer Genesendenabteilung gehen nach R'heim!  
Das toppt mal wieder alles. Was der Franz dafür wohl wieder hinhalten musste? Aber so kennen wir ihn. Das kann er, das macht er und hat vielleicht sogar Spaß daran!!!

## **Übrigens ... Landtagswahl:**

Mann/Frau muss bei der Landtagswahl nicht eine der staatstragenden Parteien wählen um seiner/ihrer „demokratischen“ Pflicht nachzukommen. Wenn es in den verschiedenen Wahlkreisen keine wählbaren Leute gibt, dann reicht auch ein großes Kreuz über den ganzen Wahlzettel um kund zu tun, dass man sich nicht weiter schröpfen lassen will.

## **Warum bei General Motors, dem viertgrößten Konzern der Welt, alles möglich ist.**

*Kern des Problems ist die Krise im Pkw-Sektor*

Als am 19. April Rick Wagoner, der Boß von General Motors, vor die Medien trat, hielten die Börsianer weltweit den Atem an. Zu Recht. Denn erstens vermeldete Wagoner den enorm hohen Nettoverlust von 1,1 Milliarden US-Dollar im ersten Quartal 2005. Zweitens gab GM erstmals seit langem keine Geschäftsprognose für das laufende Jahr ab, was heißt, daß alles weit schlimmer kommen kann. Drittens verstärkten sich die Gerüchte, das Unternehmen würde Insolvenz anmelden und sich unter Gläubigerschutz begeben. ...

Kann tatsächlich der viertgrößte Industriekonzern der Welt – hinter BP, Exxon und Royal Dutch Shell und vor Ford, Toyota und DaimlerChrysler – pleite gehen?

Zunächst einmal erscheint General Motors weiter ein reiches Unternehmen zu sein. Der Bargeldbestand liegt bei 19,8 Milliarden

Dollar. Der gemeldete Quartalsverlust entstand auch durch

Sonderbelastungen. ....

Andere Bereiche aber machen Gewinne: sehr profitabel arbeitet weiter die Finanzsparte; auch das China-Geschäft ist expansiv und profitabel.

Schließlich wies GM

2003 einen Gewinn von 3,822 Milliarden US-Dollar aus; 2004 waren es noch 3,69 Milliarden Dollar Profit. Soweit zu den lichten Seiten. Doch die Schattenseiten überwiegen tatsächlich. Im Pkw-Sektor macht das Unternehmen offensichtlich weltweit mit Ausnahme des chinesischen Marktes ausschließlich Verluste.

Während diese Verluste in Westeuropa leicht rückläufig waren, verliert GM vor allem auf dem Stammmarkt, in Nordamerika. Das Unternehmen hatte dort noch vor zwei Jahrzehnten einen Marktanteil von 45 Prozent. Derzeit liegt dieser bei 23 Prozent. Im ersten Quartal 2005 ging der Pkw-Verkauf aller GM-Marken – von Chevrolet über Daewoo und Saab bis zu Pontiac und Cadillac – weltweit um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Die beim genannten Quartalsverlust bereits gegengerechneten Gewinne sind zumindest teilweise branchenfremd. So stammt ein größerer Teil des Überschusses der GM-Finanzsparte aus Hypothekendarlehen. Das heißt, GM profitiert vom Immobilienboom in den USA, der wiederum eng mit der Niedrigzinspolitik der Zentralbank zusammenhängt. Auch dieses Geschäft dürfte demnächst einbrechen. Insgesamt, so GM, wurden im ersten Quartal beim Fahrzeugverkauf sogar 3,5 Milliarden US-Dollar »verbrannt«, was tatsächlich ein Rekordverlust wäre.

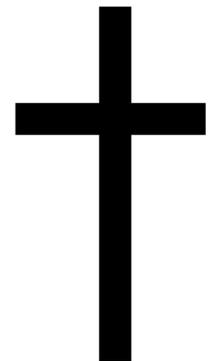
### Massive Rentenkürzungen

Der Kern der GM-Krise ist offensichtlich die bei Pkw, die auf die kaufkräftige Massennachfrage zielen. Dies ist wiederum Resultat einer neoliberalen Politik, die die Einkommen Lohnabhängiger senkt und die Massenerwerbslosigkeit vergrößert. Doch es gibt auch Sonderlasten: Derzeit entstehen die größten bei der Betriebskrankenkasse und bei der betriebseigenen Pensionskasse. Hier konnten die Gewerkschaften in den besseren GM-Zeiten passable Vereinbarungen herbeiführen. Da der Konzern seither die Belegschaft massiv abbaute, allein in den USA von 468 000 (1979) auf unter 200 000 heute, wurde das Verhältnis zwischen aktiver Belegschaft und Bezugsberechtigten immer ungünstiger. Den aktuell 320 000 Beschäftigten stehen bei der Betriebskrankenkasse rund eine Million versicherte Mitarbeiter und Rentner gegenüber.

GM-Boss Wagoner fährt nun offensichtlich eine Doppelstrategie. Er versucht, bei den laufenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften diese zu – vertragswidrigen – Senkungen der Ansprüche bei der Betriebskrankenkasse zu erpressen. Gelingt dies nicht, ist ein Gang zum Konkursrichter nicht

(Fortsetzung nächste Seite)

**Geht GM  
pleite?**



auszuschließen. Nach US-Recht könnte GM sich unter Gläubigerschutz stellen ... und dann, »neu aufgestellt«, weiter operieren. Das Unternehmen würde damit dem Vorbild der US Airways, die bereits zweimal Insolvenz angemeldet hat, und dem der United Airline, die seit 2002 unter Gläubigerschutz operiert, folgen. Diese beiden Unternehmen sind damit gut geflogen: Sie haben die Gehälter halbiert und die teuren Pensionspläne über Bord gehen lassen. Die staatliche »Pension Benefit Guaranty Corporation« (PBGC) mußte die Forderungen übernehmen. Dessen »Reform«, sprich: massive Rentenkürzungen, nannte US-Präsident George W. Bush als zentrale Aufgabe in seiner zweiten Amtsperiode.

\* Hintergrund      GM-Betriebskassen

Was bei General Motors derzeit zerstört werden soll, ist Teil des »amerikanischen Traums« und der spezifischen Art »Sozialstaat«, den es in den USA für Teile der Lohnabhängigen gibt oder gab. Wer bei einem Großunternehmen wie GM, Ford, Chrysler, General Electric oder IBM Beschäftigung fand, der verdiente bis in die achtziger Jahre hinein nicht nur gut. Er erhielt auch Anspruch auf eine lebenslange Rente und eine Krankenversicherung. Beides wurde vom Unternehmen finanziert. Die Modalitäten wurden meist mit den Gewerkschaften – im Fall von GM: mit der United Auto Workers (UAW) – ausgehandelt.

Die Airlines US Airways und United Airlines sind bisher die prominentesten Unternehmen, die durch formellen Konkurs (Gläubigerschutz nach Kapitel VII des Insolvenzrechtes) sich von derlei »Sozialklimbim« entledigten. Die Pensionsforderungen gingen im Fall US Airways komplett an die staatliche Pension Benefit Guaranty Corporation (PBGC) über; United Airlines strebt eine ähnliche »Lösung« an. Es handelt sich um die klassische Form der Vergesellschaftung von Verlusten, wohingegen zuvor meist die betrieblichen Pensionskassen geplündert, Gewinne privatisiert worden waren.

Der Übergang zur PBGC bedeutet für Rentnerinnen und Rentner deutliche Einkommensverluste. Der staatliche Fonds zahlt Altersversorgungen nur bis zu einer gesetzlich festgelegten Summe. Nach offiziellen – allerdings auch fragwürdigen – Berechnungen ist PBGC im Jahr 2020 zahlungsunfähig.

Ein vergleichbares Szenario wie bei der Altersversorgung gibt es für Pleiteunternehmen im Fall der betrieblichen Krankenkassen. Hier springt eine staatliche Organisation namens Cobra ein – benannt nach dem Consolidated Omnibus Budget Reconciliation Act. Auch hier gilt: der Übergang von den betrieblichen Kassen zu Cobra bedeutet Verschlechterungen bei den Gesundheitsleistungen. Genau hier ist der Bogen zu GM geschlagen: Boß Wagoner (Foto) verlangt von der UAW massive Senkungen der Ausgaben für Gesundheit, vor allem durch hohe Selbstbeteiligungen. (ww)

## Schaut mal rein !

### Neues Soziales Zentrum in Bochum

Seit Januar gibt es in der Bochumer Innenstadt das Soziale Zentrum, ein unkommerzieller sozialer Treffpunkt und ein Ort für Menschen, die hier ihre Ideen für politische, soziale und kulturelle Aktivitäten verwirklichen möchten. Es bietet einen gemütlichen, kommunikativen Raum, in dem man sich ohne den Zwang zu konsumieren (wie sonst in Kneipen und Cafés üblich) treffen kann. Es gibt Beratungsmöglichkeiten, kulturelle und politische Veranstaltungen, sowie Bildungsangebote, die offen sind für alle Interessierten.

Das Soziale Zentrum ist selbstverwaltet: Es finanziert sich vornehmlich aus Mitgliedsbeiträgen an den gemeinnützigen Trägerverein freiraum e.V. Alle wichtigen Entscheidungen werden von allen NutzerInnen gemeinsam gefällt; alle Arbeitsbereiche werden in Abstimmung mit dem NutzerInnen-Plenum gestaltet. Es gibt zudem keinen Hauptamtlichen, sondern ausschließlich ehrenamtlich Aktive.

Kontakt: [info@sz-bochum.de](mailto:info@sz-bochum.de). Siehe: [www.sz-bochum.de](http://www.sz-bochum.de)

Rottstraße 31, 44793 Bochum.

### Zum neuen wunderbaren GM-GMS - System

„Wir stehen für Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit in allem, was wir tun. Wir sagen, was wir meinen und tun, was wir sagen. Wir leisten unseren Beitrag zum wirtschaftlichen, ethischen und umweltbewussten Wohlergehen der Gemeinwesen, in denen wir tätig sind.“ So formulieren die Manager des größten Autokonzerns der Erde, von General Motors, ihre sogenannte „Vision“ im neuen „GM-GMS“, General Motors – Global Manufacturing System“, ihrem „weltweit einheitlichen Produktionssystem“, das seit 2003 das alte „QNPS – Quality Network Production System“ ablöst. Das „Wohlergehen der Gemeinwesen“ können diese Leute nicht organisieren. Organisieren müssen sie Krieg, den Krieg der Konzerne. Und dafür kriegen sie die Millionen-Gehälter.

### „andere Kräfte“

...

„Mancher im Arbeitgeberverband meint, eine halbwegs starke Gewerkschaft als Gegenüber sei wichtig – sonst würden *andere Kräfte* das Vakuum füllen, wie bei den wilden Opel-Streiks teils schon geschehen.“ (SZ 21.4.05)  
„**Andere Kräfte**“ – das sind die Belegschaften selber!  
Die dürfen nicht in Erscheinung treten.  
Da halten Arbeitgeber die Gewerkschaftsführung für einen verlässlichen Partner!  
Für diese Arbeitgeber ist Westerstelles Gewerkschaftshetze eher kontraproduktiv!

### Da irrt der IGM-Vorsitzende Jürgen Peters:

„Unternehmensentscheidungen werden sogar gegen die wirtschaftliche Vernunft getroffen. Da entlässt ein Betrieb schon mal Beschäftigte, weil ihm die kurzfristige Aktienkurspflege wichtiger ist als qualifizierte Mitarbeiter und gute Produkte.“ – So J. Peters in seiner Rede (S.8) auf der Vertrauensleute-Vollkonferenz in Sprockhövel im November 2004. – Wofür setzt der Unternehmer sein Kapital ein? Weil er „qualifizierte Mitarbeiter“ möchte oder damit „gute Produkte“ rauskommen? Die „wirtschaftliche Vernunft“ jedes Unternehmers und Managers ist auf „die kurzfristige Aktienkurspflege“, auf schnellen Profit angelegt. Wer das nicht mitmacht, wird von seinen Konkurrenten plattgemacht. Peters gaukelt den Vertrauensleuten den „vernünftigen“, humanen Kapitalisten vor...

(aus: Netzwerk-InfoGewerkschaftslinker Nr. 5/ 2005, s.auch [www.labournet.de](http://www.labournet.de))

### Aufforderung zum Rücktritt

### Offener Brief von Fachbereich 5 Verdi Stuttgart

Sehr geehrter Herr Sommer,

(das Kollege trifft ja ganz offensichtlich nicht mehr zu)

Nach den erfolgreichen Demonstrationen am 3. April 2004 mit über 500.000 TeilnehmerInnen hatten alle erwartet, dass dies der Auftakt für Aktionen gegen Sozialabbau und gegen die Angriffe der Kapitaleseite ist. Doch nein wie schon im Jahr davor hat der DGB, mit Ihnen an der Spitze, sich in die Sommerpause verabschiedet. Als dann die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV begannen, glänzte der DGB, zumindest auf Bundesebene, durch Abwesenheit. Obwohl die Unterstützung durch die offizielle DGB-Politik fehlte, konnten durch die Protestaktionen doch kleine Verbesserungen durchgesetzt werden (Auszahlungslücke...). Ihre Aufgabe als DGB-Vorsitzender wäre es eigentlich, gemeinsam mit den Millionen betroffener Kolleginnen und Kollegen, sei es denen in den Betrieben oder den schon „freigesetzten“ KollegInnen den Widerstand zu organisieren gegen die neoliberale Politik des Sozialabbaus und der Arbeitslosigkeit. Stattdessen wollen Sie lieber zusammen mit Kapital und Kabinett diese Politik gestalten. Doch dafür werden Sie von unseren Mitgliedsbeiträgen nicht bezahlt, denn das ist eine Einladung an die Herrschenden, mit dem Abbau der sozialen Standards, mit Sozial- und Demokratieabbau weiterzumachen. Eine Gewerkschaft, die nicht mehr zusammen mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen den Widerstand organisiert, sondern lieber mit der Kapitaleseite kungelt, hat für die abhängig Beschäftigten und die Millionen Arbeitslosen jeglichen Gebrauchswert verloren. Dies sind auch die wesentlichen Gründe für Mitgliederverluste. Eine solche Gewerkschaft wird sich über kurz oder lang selbst überflüssig machen.

Nachdem Sie im Spiegel erklärten, dass Sie den Sozialabbau nun mitgestalten wollen, also nicht bereit sind, den Kampf gegen die Angriffe der Kapitaleseite zu organisieren, fordern wir Sie auf als Vorsitzender des DGB zurück zu treten.

**Beschlossen am 17.2.05 vom Vorstand des Fachbereichs 5 - Bildung, Wissenschaft und Forschung**

Von vielen kritischen Gewerkschaftern, z. T. mit eigener Kampferfahrung, kam während unserer 7-tägigen „Informationsveranstaltung“ der Rat, „jetzt müsst ihr aber eine Streikleitung bilden.“

Nachfolgend Auszüge einer Diskussion in der GoG über die Frage der Notwendigkeit einer Streikleitung bei künftigen Kämpfen der Opel-Belegschaft.

- Im Werk II gab es im Hintergrund eine Koordinierungsgruppe aus Betriebsräten und Vertrauensleuten, die das einfach übernommen haben, was ja auch notwendig war. Die waren nicht gewählt oder eingesetzt. Das hätte einer noch bewussteren Belegschaft bedurft. Klar ist aber, zu einer solch manipulierenden Fragestellung bei der Abstimmung am 20.10. wäre es mit einer gewählten Streikleitung nicht gekommen.
- Ein gewähltes Gremium im klassischen Sinne hatten wir nicht. Aber wir hatten eine Selbstorganisation, die funktionierte.
- Das waren aber meist Betriebsräte im Werk II.
- Aber diese Betriebsräte hatten nicht das Sagen. Die haben bestimmte Sachen brav gemacht, wollten sich positionieren. Betriebsrat als Gremium hatte das nicht im Griff.
- Bei einer Streikleitung mit entsprechendem Rückhalt hätten die z.B. bestimmt, wer zu den Verhandlungen geht, Betriebsräte alleine jedenfalls nicht. So hatten dort aber Betriebsräte die Regie. Streikleitung könnte Leute mitschicken, zumindest zum Zuhören. Das Management hätte jetzt wohl noch nicht akzeptiert, mit einer Streikleitung zu verhandeln. Das Gewicht war noch nicht da.
- Das ist auch gar nicht so einfach, dass sich die Belegschaft versammelt und eine Streikleitung wählt.
- Da würden viele auch Betriebsräte wählen, das sind dann wieder neue Vertreter. Bei kämpferischer Belegschaft ist das sicher möglich, aber zur Zeit?
- Wenn wir das problematisiert hätten, wären ganz bewusst nicht nur Betriebsräte gewählt worden. Mindestens zu 50 % wären andere Aktive gewählt worden. Bei der Ausführung des Streiks hatten Betriebsräte doch nur wenig zu sagen, nur als einzelne Personen. Aber: im Hintergrund wurde gefummelt. Dem könnte man bewusst entgegenreten.
- Im Werk I war zu wenig selbst organisiert, viele Leute nur schwierig anzusprechen. Viele in den Hallen wollten sich nicht auseinandersetzen und waren ohne Anteil am Streik. Da wunderte es mich nicht, dass Betriebsräte ihre Zersetzungspolitik betreiben konnten.
- Im Werk I haben Betriebsräte alles drangesetzt, um zurückzuholen, was denen aus der Hand geraten ist. Es hätten sich mehr aktiv beteiligen müssen, Verantwortung übernehmen usw., im Werk II lief das besser.
- Im Werk II haben wir erlebt, dass Selbstorganisation erst mal nicht so eine klare Form hat. Den Streik nicht glorifizieren! Es ging um Status quo, mit Bedürfnis, selber aktiv zu werden. Von allen kann man keine aktive Teilnahme erwarten, aber auch die in den Abteilungen waren keine Streikbrecher.
- Unsere Abstimmung am Dienstag im Werk II für Weiterführung war wie ein öffentlicher Handschlag, es war aber nur eine Schicht, nicht abgezählt. Positiv: Macht der Betriebsräte war gebrochen, sie mussten sich uns unterordnen. Wille der Mehrheit hat so eine Selbstorganisation möglich gemacht. Frage der Streikleitung kam mir noch nicht in den Sinn, auch nicht für Verhandlungen in Rüsselsheim. Verhandlungsführer sind nun mal Betriebsräte. Politisierung noch nicht so weit, was anderes zu denken..... vielleicht bei mehr Erfahrung.
- Dass das Management ihre Spitzenleute nach Bochum schickt, um mit einer gewählten Streikleitung zu reden ist sicher noch Wunschvorstellung. Das bedürfte einer bewussteren Belegschaft und eines härteren Kampfes. Soweit war das nicht gediehen.